

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0
Telefax: (0228) 9 15 20-12 (Redaktion)
9 15 20-15

Inhalt

Peter Struck findet die neue Bundesregierung so ausgezehrt und kraftlos wie die alte.
Seite 1

Michael Müller fordert einen realistischen Waldschadensbericht.
Seite 2

Otto Reschke begründet die Ablehnung des Gutachtens der Kommission Wohnungspolitik der Bundesregierung.
Seite 3

Ulrich Maurer möchte die Attraktivität der Pflegeberufe verbessern.
Seite 4

Uwe Jens nimmt Stellung zum Herbstgutachten des Sachverständigenrates.
Seite 5

49. Jahrgang / 220

18. November 1994

Neue Regierung ausgezehrt und ideenlos wie die alte

Von Dr. Peter Struck MdB
Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-
Bundestagsfraktion

Es ist kein Wunder, daß der Bundeskanzler seine Kabinettsliste erst nach seiner Wahl präsentierte. Waren schon die Koalitionsvereinbarungen nichts weiter als eine Aneinanderreihung von inhaltsleeren Phrasen und unverbindlichen Versprechungen, so dokumentiert die Zusammensetzung der Bundesregierung die Kraftlosigkeit eines Bundeskanzlers, der eigentlich unser Land wieder fit machen wollte. Wie Helmut Kohl mit dieser Mannschaft die Herausforderungen, vor der unser Land steht, bestehen will, bleibt sein Geheimnis. Da ist keine Spur zu sehen von Phantasie, von Gestaltungskraft und von Veränderungswillen. Und nichts ist zu bemerken vom Willen, die Kräfte unseres Landes zu bündeln und Engagement für die Gestaltung der Zukunft zu mobilisieren.

Eine neue Politik ist so nötig wie nie. Nichts kann sich unser Land weniger leisten als eine Bundesregierung, die um keinen Deut besser ist als die alte. Eine Regierung, die schon bei ihrem Beginn genauso ausgezehrt und ideelos wie die alte ist. Offensichtlich geht es Helmut Kohl nur noch darum, vier Jahre durchzustehen. Mit Verantwortung für das Wohl aller Bürgerinnen und Bürger hat das nichts mehr zu tun.

Wir Sozialdemokraten werden dazu die klare Alternative sichtbar machen: Wirtschaftlicher Fortschritt für alle, soziale Gerechtigkeit und der Schutz der Lebensgrundlagen als die großen Aufgaben in einem Land, das erst noch seine innere Einheit finden muß.

(-/18. November 1994/ru/ks)

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Schumannstr. 2b, 53113 Bonn
Postfach 1901 67, 53037 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mtl.
zuzügl. MwSt. und Versand.

Verbindlicher Umgang
mit dem roten Koffler
Kasseler Partei



Der Wald stirbt streng geheim
Wir brauchen einen schonungslos offenen Waldschadensbericht

Von Michael Müller MdB

Die Zahlen über die Waldschäden liegen seit Monaten vor, werden aber von der Bundesregierung als streng geheim gehandelt und unter Verschuß gehalten. Nach den Recherchen bei den einzelnen Bundesländern muß insgesamt von einer weiteren leichten Verschlechterung ausgegangen werden. Während sich die Situation in Bayern und Baden-Württemberg verschlechtert hat, verzeichnen andere Länder Stagnation. Dabei ist allerdings zu beachten, daß insbesondere in den neuen Bundesländern bereits große ehemalige Waldflächen aus der Schadenserhebung herausgenommen sind. Die brisante Ursache, warum der zuständige Landwirtschaftsminister die Daten zurückhält, liegt in der Bedeutung landwirtschaftlicher Emissionen für das Waldsterben. Die Bundesregierung will diese Fakten vertuschen, indem sie diese Daten in dem Bericht ungenügend berücksichtigt. Die SPD fordert deshalb eine schonungslose Bestandsaufnahme über die Ursachen des Waldsterbens, insbesondere auch die Wirkung der Ammoniak-Emissionen aus der Landwirtschaft.

Das Umweltbundesamt weist bereits seit Jahren darauf hin, daß in der Überdüngung und der Massentierhaltung ein Hauptverursacher der Waldschäden liegt. Heute befinden wir uns durch diese Überdüngung in einer zunehmend problematischen Sättigungsphase, die vergleichbar mit der Eutrophierung der Gewässer ist. Damit nähert sich die Natur einem kritischen Punkt, bei dem schon das Fehlen oder die Abschwächung eines Wachstumsfaktors zum Zusammenbruch ganzer Systeme führen kann.

Neben dem nach wie vor problematischen Faktor Verkehr, insbesondere durch die Stickoxid-Emissionen muß es deshalb dringend zu einer grundlegenden Reform der Landwirtschaft kommen. Wichtig sind hierbei insbesondere eine nachhaltige Förderung des ökologischen Landbaus und die Bindung des Viehbestandes an die Fläche. Wenn die Bundesregierung nach diesem Bericht nicht endlich handelt, wird sie mitverantwortlich für eine sich zuspitzenden Katastrophe ökologischer Verrottung sein.

(-/18. November 1994/ru/ks)

Mieten knapp an der Wuchergrenze
Zum Gutachten der Expertenkommission Wohnungspolitik der Bundesregierung

Von Otto Reschke MdB

1. Der Bericht enthält in seiner Kurzfassung auf Seite 20 die Feststellung, "Der Mietzins ist der Schlüssel, um das Mietwohnungsangebot zu verbessern". Daher liege der Schwerpunkt der Kommissionsvorschläge in einer Reform der Regelungen zur Miethöhe. Dieser Ausgangsthese widerspreche ich ganz entschieden.

Die Mieten sind in den vergangenen Jahren so exorbitant gestiegen, daß es ohne die Kappungsgrenzen zu sozialen Verwerfungen ungeheuren Ausmaßes gekommen wäre. Mit dem Wegfall der Kappungsgrenzen das Wohngeld quasi zum einzigen wohnungspolitischen Instrumentarium zu machen, um die rasanten Mieterhöhungen auszugleichen, zu denen die Vermieter durch eine solche Regelung geradezu eingeladen würden, bedeutete, daß der Steuerzahler ausschließlich zugunsten der Vermieter ganz tief in die Tasche greifen müßte.

Durch explodierende Mieten würde die Zahl der Wohngeldempfänger und somit die Kosten für die öffentlichen Haushalte stetig steigen.

Eine solche Lösung wäre langfristig teurer und sozialpolitisch noch ungerechter als die bisherige Praxis. Da der Staat - und wie sie vorschlagen auch die Kommunen - auf jeden Fall mit

dem Wohngeld in die Bresche springen würde, werden überhöhte Mieten und der Bau teurer Wohnungen gefördert. Durch eine solche Regelung, gepaart mit dem vollständigen Rückzug der öffentlichen Hand aus den ersten beiden Förderwegen des sozialen Wohnungsbaus, würde das knappe Angebot an bezahlbarem Wohnraum staatlich subventioniert verstetigt und wieder verschärft.

Auch das Vergleichsmietensystem würde hier keinen ausreichenden Schutz vor überhöhten Mieten bieten. Nach dem Modell der Kommission, das ja durch Änderung des bestehenden Mietrechts eine unmittelbare Mietpreisanpassung anstrebt, würde sich der Mietpreis in der jetzt vorhandenen Situation der Angebotsknappheit für alle verbindlich knapp unterhalb der Wuchergrenze einpendeln.

Die Gefahr eines solchen Gleichgewichts, das eben durch die staatlich garantierte Mietbezuschussung einen starken Anreiz zur weiteren künstlichen Verknappung billigen Wohnraums beziehungsweise zum Bau teurer Wohnungen bietet, dürfte sich durch mögliche Hochzinsphasen, weiterhin hohe Bauland- und Baupreise, die den Wohnungsbau noch immer massiv behindern, noch verstärken. Die Entwicklung der letzten Jahre hat gezeigt, daß hohe Mieten allein ein Anreiz für ein höheres Angebot an Wohnungen sind. Mieten sind nicht der Schlüssel für ein höheres Wohnungsangebot.

Im Hinblick auf die von der Expertenkommission Wohnungspolitik vorgeschlagenen Umschichtungen zugunsten des Wohngelds bei weitgehender Beibehaltung der steuerlichen Vergünstigungen und Abschreibungsmöglichkeiten für den Wohnungsbau bleibt die Kommission darüber hinaus den Nachweis der aufkommensneutralen Gestaltung einer solchen Reform schuldig. Der Verzicht auf den sozialen Wohnungsbau im ersten und zweiten Förderweg kann die von Ihnen vorgeschlagenen enormen Mehrausgaben für das Wohngeld nicht finanzieren.

2. Die Forderung, den ersten und zweiten Förderweg ganz aufzugeben, halte ich wegen der negativen Auswirkungen für die Angebotsseite für einen fatalen Fehler. Ich verschließe mich keiner Diskussion über eine effektivere Gestaltung des klassischen sozialen Wohnungsbaus, der in vielem reformiert werden muß. Insbesondere das Problem der Fehlbelegung bedarf umgehend einer Lösung. Aber ein weitgehender oder gar vollkommener Verzicht auf dieses Instrument der Wohnungspolitik ist mit der SPD nicht zu machen. Ohne den Beitrag des sozialen Wohnungsbaus wäre die Zahl der fertiggestellten Wohnungen in Deutschland in diesem Jahr um fast 100.000 Wohnungen niedriger. Dies ist im Gegensatz zu dem im Bericht zuweilen erweckten Eindruck keine vernachlässigbare Größe. Auch die konjunkturellen Wirkungen, die durch den sozialen Wohnungsbau ausgelöst werden, dürfen nicht übersehen werden.

3. Eine Verschärfung des Mietrechts, insbesondere eine Verschlechterung des Kündigungsschutzes für die Mieterinnen und Mieter lehne ich ab. Die SPD tritt für eine Vereinfachung des Mietrechts ein, die überhöhte Mietsteigerungen verhindert sowie den Kündigungsschutz sichert.

Die Forderung der Expertenkommission nach einer Verkürzung der Kündigungsfrist bei der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen auf drei Jahre trifft daher auf massiven Widerspruch der SPD. Die Länder haben nach zähem Ringen im Vermittlungsausschuß die Möglichkeit erhalten, Gebiete mit erhöhtem Wohnbedarf festzulegen, in denen eine zehnjährige Kündigungsfrist bei Umwandlung gilt. Eine Rückgängigmachung dieses Kompromisses würde die Mieterinnen und Mieter nur verunsichern, aber keine neue Wohnungen schaffen.

4. Ebenso entschieden abzulehnen ist der Vorschlag der Experten-Kommission, die steuerliche Förderung des selbstgenutzten Wohneigentums nach Paragraph 10e EStG auf einen Schuldzinsenabzug ohne Festsetzung von Einkommensgrenzen umzustellen, was schon wiederholt von den Bausparkassen, vom GdW und auch von einem der Sachverständigen der Expertenkommission, Herrn Ulrich Pfeiffer (empirica), kritisiert wurde. Nicht nur würde so weiter an dem sozial ungerechten Prinzip festgehalten, je mehr jemand verdient, desto mehr kann er bei der Steuer einsparen. Vielmehr wird durch den Schuldzinsenabzug die höchst mögliche Verschuldung begünstigt, um die steuerliche Förderung zu maximieren. Es kann doch nicht

das Ziel staatlicher Förderung des Baus oder Erwerbs von Wohneigentum sein, daß die Hauslebauer oder Erwerber von gebrauchten Immobilien sich bis über beide Ohren verschulden und so in finanzielle Abenteuer gestürzt werden.

Der Schuldzinsenabzug hemmt den Einsatz von Eigenkapital, senkt das Interesse des Eigentümers an einer alsbaldigen Entschuldung und ist währungspolitisch bedenklich, weshalb er 1974 abgeschafft wurde.

Die SPD fordert weiterhin die Umstellung des 10e auf einen progressionsunabhängigen Abzug von der Steuerschuld und eine Anhebung des Baukindergelds auf 1.200 DM, das zehn statt bislang acht Jahre gezahlt werden soll.

Die sind die Hauptkritikpunkte an den Vorschlägen der Expertenkommission. Nach sachlicher Prüfung des Berichts kann ich nur zu einem harten ablehnenden Urteil kommen.

Darüber hinaus kritisiere ich vor allem, daß die Bundesregierung es versäumt hat, eine Gesamtstrategie für das Problemfeld Wohnen und Siedlungsentwicklung zu entwerfen. Es ist nicht zu verstehen, warum die Bundesregierung eine Experten-Kommission für eine Expertise zur Überprüfung der Instrumentarien in der Wohnungspolitik, eine andere zur Erarbeitung von Vorschlägen für die Baulandmobilisierung und eine weitere zur Prüfung der Möglichkeiten billigeren Bauens eingesetzt hat. Und um das Chaos perfekt zu machen, empfiehlt nun eine vierte Experten-Runde, die der Finanzminister zur Reform der Einkommensteuer berufen hatte, zur Finanzierung der durch die Freistellung des Existenzminimums drohenden Haushaltslücke u.a. die Kürzung des Wohngelds, das die Kommission ausweiten will, und die volle Besteuerung von Veräußerungsgewinnen beim Verkauf von Immobilien, was die Kommission wiederum ablehnt.

Ich habe von Anfang an dafür plädiert, im Deutschen Bundestag eine Enquete-Kommission "Wohnen und Siedlungsentwicklung" einzuberufen, um unter Mitwirkung aller relevanten staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen, Organisationen und Gruppen die Instrumentarien der Wohnungs- und Städtebauförderung sowie der Raumordnungspolitik und der regionalen Wirtschaftsförderung unter die Lupe zu nehmen und langfristige Strategien zur Schaffung und Sicherung einer ausreichenden Wohnraumversorgung in Deutschland zu entwickeln. Nur so kann ein Drittes Wohnungsbaugesetz, dessen Dringlichkeit immer deutlicher wird, gründlich vorbereitet und schließlich im möglichst breiten Konsens verabschiedet werden.

Das Gutachten sehe ich als einen Diskussionsbeitrag in einem Prozeß, der endlich auf breiter Ebene in Gang kommt. Leider wurden viele Betroffene und vor allem die Gesetzgeber in Bund, Ländern und Kommunen zwei Jahre lang an diesem Prozeß nicht beteiligt. Hier wurde seitens der Bundesregierung wertvolle Zeit vertan.

(-/18. November 1994/ru/ks)

Attraktivität der Pflegeberufe weiter verbessern

Eine qualifizierte Aus- und Weiterbildung ist der Schlüssel für die Schaffung von zukunftsorientierten und attraktiven Berufsbildern in den Pflegeberufen

Von Ulrich Maurer MdL

Vorsitzender des SPD-Landesverbandes Baden-Württemberg und Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion

Traditionelle Berufsbilder in den Pflegeberufen befinden sich im Umbruch. Der demographische Wandel, der medizinisch-technische Fortschritt und nicht zuletzt die Pflegeversicherung werden das Tätigkeitsspektrum verändern und die Nachfrage nach qualifiziertem Pflegepersonal erhöhen.

Obwohl die Tätigkeitsanforderungen gestiegen sind, haben die Pflegeberufe noch viel zu oft einen "Sackgassencharakter", das heißt Aufstiegs- und Weiterqualifikationsmöglichkeiten sind kaum vorhanden.

Vor diesem Hintergrund findet derzeit eine intensive Diskussion über die Zukunft der Pflegeberufe statt. Auf Bundesebene geht es dabei beispielsweise um die Schaffung eines einheitlichen Berufsbildes für die Altenpflege. Auf Landesebene stehen Fragen der Weiterbildung und der Schaffung von Fachhochschulstudiengängen in Pflege- und Gesundheitsberufen im Vordergrund. Aus Sicht der SPD-Fraktion ergeben sich folgende Ansatzpunkte für landespolitisches Handeln.

- Durch ein fachlich breit gefächertes Angebot an berufsbezogenen Weiterbildungsangeboten muß eine fachliche Weiterqualifikation und eine den modernen Berufsanforderungen angemessene Spezialisierung ermöglicht werden. Die SPD-Fraktion wird in diesem Zusammenhang die Frage prüfen, ob landesrechtliche Regelungen, die eine staatliche Anerkennung der erworbenen Zusatzqualifikationen sichern, eine sinnvolle Weiterentwicklung des Berufsrechtes darstellt.
- Im Bereich der beruflichen Höherqualifikation auf Fachhochschulebene drängt die SPD darauf, daß die Empfehlungen der Kommission Fachhochschule 2000 rasch umgesetzt werden. Die Kommission hatte die Schaffung von Vollzeitstudiengängen für Pflegedienstleitung, Lehrer an Schulen des Gesundheitswesens und Krankenhaus- und Sozialmanagement gefordert. Die Errichtung dieser Studiengänge muß auch in Zeiten begrenzter begrenzter öffentlicher Mittel möglich sein. Hierzu ist eine gezielte Umschichtung der Haushaltsmittel innerhalb des Etats des Wissenschaftsministeriums notwendig.
- Für die Berufe der Altenpflege- und Krankenpflegehelfer/innen müssen Lösungen gefunden, die eine berufsbegleitende Weiterqualifikation ermöglichen.

Über allen diesen Diskussionen steht die Frage, wie die Qualität der pflegerischen Versorgung zukünftig gesichert werden kann. Dies ist nur möglich, wenn in den Pflegeberufen ein praxisgerechtes Aus- und Weiterbildungssystem zur Verfügung steht, das den gewachsenen Aufgaben und der zunehmenden Differenzierung der Pflegeberufe gerecht wird.

Inhaltlich muß die Aus- und Weiterbildung auch neuen Aufgaben Rechnung tragen, beispielsweise in der Sterbebegleitung, der Gesundheitsförderung oder der Beratung und Schulung von pflegenden Angehörigen. Diese neuen Aufgaben müssen in ein ganzheitliches Pflegekonzept eingebunden werden, das medizinischen, sozialen und psychologischen Aspekten der Pflege Rechnung trägt.

(-/18. November 1994/ru/ks)

Wirtschaftswachstum mit steigender Arbeitslosigkeit Zum Herbstgutachten des Sachverständigenrates

Von Professor Dr. Uwe Jens MdB
SPD-Wirtschaftspolitiker

Während die Koalition im Angesicht der tiefgreifenden Strukturschwächen der deutschen Wirtschaft bei ihren überkommenen Rezepturen konservativer Angebotspolitik verharnt, hat der Sachverständigenrat einen bemerkenswerten Paradigmenwechsel vollzogen, den die SPD begrüßt und als Stärkung ihrer wirtschaftspolitischen Positionen ansieht. Bei dem, was der Sachverständigenrat der Regierung ins Stammbuch schreibt, sind drei grundlegende Aussagen hervorzuheben:

1. Die Verfestigung der Arbeitslosigkeit und die damit einhergehenden sozialen Spannungen könnten zu einer größeren gesamtwirtschaftlichen Kostenbelastung führen, wenn der soziale Konsens zerbricht.

2. Voraussetzungen für ein stetiges und angemessenes Wirtschaftswachstum und damit die Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze seien Sachinvestitionen, Humankapitalbildung und Innovationen. Investitionen würden nur dann vorgenommen, wenn einerseits die damit erstellten neuen Kapazitäten auch ausgelastet und andererseits die damit geschaffenen Arbeitsplätze als rentabel angesehen werden. Insoweit müßten gute Nachfragebedingungen und gute Angebotsbedingungen vorliegen.

3. Wirtschaftspolitik sei nicht allein die Sache staatlicher Entscheidungsträger; sie sei vielmehr im Zusammenwirken mit autonomen Institutionen, den Tarifparteien und der Bundesbank zu gestalten.

Für den alten und neuen Wirtschaftsminister, für den "Wirtschaften in der Wirtschaft" stattfindet, muß es ein Schlag ins Kontor sein, wenn der Sachverständigenrat so ausdrücklich die Gestaltungsaufgabe der Wirtschaftspolitik unter der Überschrift "die besondere Verantwortung des Staates" hervorhebt und die große Bedeutung des sozialen Konsenses sowie des Gleichgewichts von Angebots- und Nachfrageseite betont. Wenn es konkret werden soll, um die Sozialarbeitslosigkeit von über drei Millionen registrierten Arbeitslosen zu verringern, verheddert sich der Rat leider in Widersprüche.

Von Doppelstrategie ist die Rede, Stärkung der Wachstumskräfte einerseits und Arbeitsmarktpolitik andererseits. Zur Stärkung der Wachstumskräfte soll der Staat den Haushalt über die Ausgabenseite konsolidieren. Gleichzeitig wird eine geringfügige Steigerung des privaten Konsums bei weiterhin unterproportionaler Lohnsteigerung erwartet. Gute Angebotsbedingungen und gute Nachfragebedingungen müßten nach Ratsmeinung vorliegen, wenn die Arbeitslosigkeit sinken soll. Wo aber, außer vom Export, die Nachfrage unter diesen Bedingungen herkommen soll, "bleibt offen".

Mit Lohnzurückhaltung und stärker differenzieren Löhnen allein kann die bestehende Arbeitslosigkeit nicht beseitigt werden. Innovationen in vielen Bereichen und besser qualifizierte Arbeitskräfte werden angesichts der weltwirtschaftlichen Herausforderungen dringend benötigt. Innovationsförderung ist wichtiger denn je, aber nach Meinung des Sachverständigenrates keine Staatsaufgabe. Das schwierige Zusammenspiel von Wissenschaft und Wirtschaft bei der Beschleunigung der Anwendung neuer Technologien wird nicht einmal erwähnt!

Von einer berufsbegleitenden Qualifizierung ist ebenfalls keine Rede. Was an Vorschlägen bleibt, ist so bekannt wie unwirksam und kontraproduktiv: Konsum durch Lohnverzicht und Besteuerung senken, Deregulierung und Privatisierung, als ob zum Beispiel automatisch eine Liberalisierung des Elektrizitätsmarktes zu einer Nutzung erneuerbarer Energien führen würden.

Es gelingt dem Rat nicht, aus seinen eigenen Erkenntnissen die entsprechenden Politikvorschläge abzuleiten. Wenn Angebot- und Nachfragebedingungen gleichermaßen wichtig sind, so heißt das doch, daß eine integrale Wirtschaftspolitik angesagt ist. Wenn die Gewerkschaften also bei einem Beschäftigungspakt Lohnzurückhaltung üben, müssen zumindest die Zinsen auf der anderen Seite gesenkt werden. Wenn Staat und Konsumenten sparen und sich dadurch der Kapitalimport verringert, müssen Spielräume genutzt werden, um zu realistischeren Wechselkursen zu kommen. Vor allem aber muß umgeschichtet werden in den Haushalten: Abbau von Steuervergünstigungen und tarifbedingten Vorteilen für Bezieher hoher Einkommen, Verstärkung der Ausgaben für Bildung und Innovationen.

Dieses Zusammenführen aller Kräfte, der Tarifvertragsparteien, der Bundesbank, der Gebietskörperschaften, der Wissenschaft und der Unternehmen, setzt eine handlungsfähige Regierung voraus. Eine solche Regierung haben wir nicht. Der Sachverständigenrat fürchtet zu Recht die Immobilität des Minimalkonsenses bei dieser Regierung.

(-/18. November 1994/ru/ks)